



# LILIENTHAL2030.

Grünes Konzept für die kommunale Zukunft vor dem  
Horizont des Pariser Klimaabkommens.



# Inhalt

3	Präambel
5	Klimaschutz und Nachhaltigkeit
7	Wirtschaft
8	Bildung und Betreuung
10	Digitalisierung
12	Landwirtschaft und Konsum
13	Umwelt- und Moorschutz
15	Integration, Teilhabe und Soziales
16	Mobilität und Verkehr
17	Flächenverbrauch
19	Klimaanpassung
19	Bürgerbeteiligung
20	Kommunale Finanzen

# Präambel

Wir leben in einer Zeit, in der die Gesellschaft die Früchte von jahrzehntelangem Fortschrittsglauben und kurzsichtiger Ressourcenpolitik erntet. Teil dieser Ernte ist die existentielle Krise unseres Ökosystems. Gleichzeitig erleben wir wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt, von dem unsere Vorfahren nur träumen konnten, etwa die stetige Ausweitung von Menschen- und Bürgerrechten und Verdrängung alter, ausgedienter Rollen- und Gesellschaftskonzepte. Parallel beobachten wir, dass in aktuellen Debatten die Stimmen lauter und schriller werden, die als vermeintliche Problemlösungen Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus propagieren. Diese menschenfeindlichen Ideologien lehnen wir entschieden ab.

In ihrem neuen bundespolitischen Grundsatzprogramm sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem neuen Jahrzehnt die Zeit für einen Kurswechsel gekommen, einen Kurswechsel hin zu Klimaschutz, einer Neujustierung der Wirtschaft im Sinne einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft, hin zu einer neuen Landwirtschaftspolitik, Gesundheitsschutz und sozialer Gerechtigkeit. Es gilt, nicht nur unsere Demokratie und den Staat zu stärken, sondern auch die Bürger\*innen zu befähigen, mündig, selbstbestimmt, frei und mutig in die Zukunft zu gehen, gleich an Rechten und Würde, gemeinsam in Vielfalt. Auf dem Weg zu dieser ökologischen Moderne bieten die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen eine Orientierungshilfe. Diese 17 Ziele betreffen notwendige Veränderungen auf kommunaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene, deren weitere Vertagung nicht akzeptiert werden kann. Von besonderer Dringlichkeit ist aber, dass Maßnahmen ergriffen werden angesichts der globalen Klimakrise, die in ihrer letzten Konsequenz die Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit bedroht. Hierfür verbleibt uns nach den Erkenntnissen des 2020er UN-Klimaberichts nur noch Zeit bis zum Jahr 2030.

Um das Fortbestehen unserer Art zu sichern und den gegenwärtigen und kommenden Generationen weltweit ein Leben in Freiheit, Würde und Wohlstand zu ermöglichen, müssen demnach Klima-, Umwelt und Artenschutz und nachhaltige Ressourcennutzung die zentralen Kriterien jeglicher politischen, wirtschaftlichen und privaten Entscheidungen sein.

Leitlinie ist das 2015 verabschiedete, rechtlich bindende Klimaabkommen von Paris, das vorsieht, den globalen durchschnittlichen Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei Grad, möglichst auf 1,5 Grad, zu begrenzen. Europa muss so schnell wie möglich Klimaneutralität erreichen. Deutschland als eines der größten Verursacher von Treibhausgasen kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Jedes Zehntel-

grad weniger Erhitzung zählt. Eine nachhaltige Zukunft kann nur durch gemeinsame Anstrengung auf allen politischen Ebenen gesichert werden. Bisher besteht dabei das allgemeine Problem, dass die Wirkung des eigenen Handelns unterschätzt wird. Man belässt lieber alles beim Alten, dabei sind Verhaltensänderungen jeder\*jedes Einzelnen zur Sicherung der Lebensgrundlagen auf unserem Planeten notwendig!

Handeln ist deshalb auf allen Ebenen erforderlich. Damit wird es auch zur dringenden Aufgabe der Kommunen, nicht bloß umzusetzen, was auf höherer Ebene beschlossen wurde, sondern auch mutig und entschlossen voranzugehen. Neben den Rahmenbedingungen, die die Gemeinde schaffen kann, liegt der Fokus klar auf der Sensibilisierung der einzelnen Bürger\*innen. Nicht zuletzt zeigt die Covid-19-Pandemie auf, wie dringend notwendig es ist, auf die Wissenschaft zu setzen und auf Krisen wirksam zu reagieren – und zwar auch im Sinne der Nachhaltigkeit.

Für die Kommunalwahl 2021 präsentieren wir daher bewusst kein „kürzer gedachtes“ reines Wahlprogramm, sondern ein langfristiges und erweiterbares Gesamtprogramm für ein Lilienthal im Sinne der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens. Diese Form soll es ermöglichen, unsere Ziele, auch in Kooperation mit anderen, effektiver und langfristiger ausgestalten zu können. Das Programm verbindet zukunftsweisende Konzepte und konkrete Maßnahmen. Das Programm stellt ausdrücklich kein parteipolitisches Programm im engeren Sinne dar, sondern lädt im Sinne des Selbstverständnisses der Grünen als Bündnispartei Privatpersonen, zivilgesellschaftliche Organisationen und andere politische Akteur\*innen ebenso wie ortsansässige Unternehmen ausdrücklich zur Zusammenarbeit für unsere gemeinsame Zukunft ein. Die Rubriken, die dieses Programm gliedern, sind nicht hierarchisch gedacht, sondern sind als gleichwertig zu verstehen.

Ein Lilienthal 2030 soll offen sein für ökologische Wirtschaft. Es zeichnet sich aus durch stetig wachsende Nutzung von regenerativen Energien, durch generationenübergreifendes Leben und Wohnen, durch Verkehrsberuhigung sowie durch den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und Reduktion der Bodenversiegelung zwecks Erhalts lebenswichtiger CO<sub>2</sub>-Senken. Privater Autoverkehr soll durch universelle und schnelle Erreichbarkeit mit dem Rad oder zu Fuß, gute Anbindung an den öffentlichen Nah- und Fernverkehr und, wo notwendig, Fahrrad- und Carsharing-Angebote, verzichtbar werden. Alle politischen Entscheidungen sollen den allgemeinen Nachhaltigkeitszielen sowie dem Aspekt des Klimaschutzes unterzogen werden. In den Bereichen Bildung, Betreuung und Pflege entsprechen Kapazitäten und Qualität dem allgemeinen Bedarf und sind auf individuelle Bedürfnisse von Kindern, Familien und Pflegebedürftigen angepasst.

## Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Nur durch die deutliche Reduzierung der Emission klimaschädlicher Gase lässt sich dem Klimawandel entgegenwirken. Dabei muss auch der zusätzliche Energiebedarf durch die Digitalisierung zuvor stromfrei ablaufender Vorgänge und Klimaanpassungen, wie beispielsweise Klimatisierung von Räumen, kompensiert werden. Entscheidende Akteur\*innen der Energiewende sind die Bürger\*innen und Kommunen, regionale Unternehmen und das Handwerk. Die vom EU-Parlament geforderte Reduktion des CO<sub>2</sub>-Äquivalent-Nettoausstoßes um 60% (gegenüber 1990) bis 2030 ist deshalb auch für Lilienthal ein notwendiges Minimalziel, das über-, keinesfalls aber unterschritten werden darf. Dafür ist eine völlig neue Vernetzung innerhalb und zwischen den Sektoren Strom, Wärme, Verkehr, Industrie, Dienstleistungen, Handel und Landwirtschaft nötig. Zentrales Ziel dafür sind Aufbau und Nutzung von Netzen und Speichern, was wiederum Zusammenarbeit auf allen politischen Ebenen erfordert.

Auch die Bürger\*innen müssen weiter für Probleme des Ressourcenverbrauchs sensibilisiert werden. Es bietet sich an, seitens der Gemeinde etwa den „Earth Overshoot Day“ dafür zu nutzen. Zur „Alarmierung“ der Bürger\*innen könnten an diesem Tag pressewirksame Veranstaltungen oder ähnliches, z.B. Stände in der Ortsmitte oder Alarmsignale, in Lilienthal geplant werden, um auf diese Thematik aufmerksam zu machen. Auch die Schulen könnten zu diesem Anlass angeschrieben werden und zu Aktionen aufrufen.

Konkret sollen dazu die folgenden Ziele erreicht werden, wozu, falls erforderlich, das Baugesetzbuch entsprechend angepasst werden muss:

- Die erneute Einbringung und Durchsetzung der Anträge aus 08/2019 und 02/2020 zur Ausrufung des Klimanotstandes mit Maßnahmenkatalog und weiteren Umweltschutzmaßnahmen, inklusive der Baumschutzsatzung, gegebenenfalls mit aktuellen Ergänzungen.
- Für Lilienthal ist ein Klimabeirat zu bilden. Der Beirat, der sich aus Fachleuten aus Wissenschaft, Handwerk, Unternehmen, Umweltverbänden, Verbraucherschutz und Landwirtschaft zusammensetzen soll, hat die Aufgabe, die Verwaltung und die Politik bei der Umsetzung klimarelevanter Aktivitäten zu begleiten und zu beraten. Der Beirat bündelt zudem Themen und greift Anregungen aus der Zivilgesellschaft zu allen Bereichen des Klimaschutzes auf.
- Die Gemeinde Lilienthal soll, im Rahmen eines Umweltberichtes, ihre Ökobi-

lanz erfassen und regelmäßig überprüfen. Basierend auf diesem Wert soll sie einen verbindlichen Plan zur Einsparung von Ressourcen erstellen und umsetzen. Hierfür muss Personal innerhalb der Gemeindeverwaltung zur Verfügung stehen.

- Geeignete Dächer öffentlicher Gebäude sind zeitnah für den Betrieb von Photovoltaik-Anlagen umzurüsten. Durch den Eigenverbrauch des Stroms aus diesen Photovoltaik-Anlagen kann die Gemeinde Lilienthal Ersparnisse erzielen und in Zukunft zu erwartenden ökologischen Mehraufwand durch fortschreitende Digitalisierung und notwendige Umweltpassung (bspw. Klimatisierung überhitzter Gebäude) anteilig ausgleichen.
- Die Fassaden kommunaler Gebäude sind grundsätzlich zu begrünen, sofern dem keine statischen Gründe und Gründe des Denkmalschutzes entgegenstehen.
- Neue öffentliche Gebäude werden nur noch im Passivhausstandard geplant. Lösungen mit begrünten Dächern und Fassaden, Kühlungssystemen durch Pflanzen und dergleichen sollen zentrale Punkte bei der Ausschreibung und der Vergabe von Bauleistungen sein.
- Bei der Festsetzung von Bebauungsplänen soll eine Photovoltaikpflicht (ggf. als Nachrüstung nach variabler Frist) auf allen geeigneten Dächern gelten. Die Planung von Neubauten soll eine für Photovoltaik geeignete Dachausrichtung einschließen und umliegende Bepflanzung berücksichtigen. Wo das Bauvorhaben keine Photovoltaik ermöglicht, sind Dachflächen zu begrünen. Bereits bestehende Vorgaben zur Dachbegrünung und ähnlichen Maßnahmen sind strenger zu überprüfen und ihre Umsetzung mit Nachdruck voranzutreiben.
- Um Überschüsse aus Photovoltaikanlagen gewinnbringend in das Netz einspeisen zu können, ist seitens der Gemeinde Lilienthal das Gespräch mit den zuständigen Netzbetreibern zu suchen, um Möglichkeiten zur Ausweitung von Einspeisepunkten und zur Erhöhung der Kapazitäten zu finden.
- Das intelligente Beleuchtungsmanagement mit automatisch gedimmten LED-Laternen auf öffentlichen Wegen, Plätzen und Gebäuden wird unter Gewährleistung des Sicherheitsaspektes ausgebaut.
- Die Gemeinde Lilienthal engagiert sich für nachhaltigeren Konsum und Müllreduktion. Das gilt für Einzelhandel und Gastronomie ebenso wie gemeindeeigene Einrichtungen und private Haushalte. Dazu gehört Information und Beratung in

Kooperation mit ortsansässigen Vereinen, Verbänden und Institutionen.

- Wir sind uns darüber bewusst, dass auch Bauteile für regenerative Energien Sondermüll verursachen. Dies kann leider derzeit noch nicht vollständig vermieden werden. Autobatterien verfügen inzwischen über eine Recyclingquote, PV-Anlagen und Windkraftanlagen haben eine hohe Lebensdauer. Jedoch ist es erstrebenswert im Allgemeinen eine Kreislaufwirtschaft zu erreichen und zumindest eine Wiederverwertung von Materialien grundsätzlich zu fördern, so dass unsere Ressourcen geschont werden. In diesem Zusammenhang unterstützen wir ausdrücklich das Lilienthaler Repair-Cafe und alle weiteren Institutionen, Verbände, Vereine und z.B. auch die Gastronomie, die hiernach handeln und Alternativen aufzeigen.
- In dem zuletzt genannten Zusammenhang vertreten wir außerdem die Auffassung, dass kein Auto besser als jedes Elektroauto ist. Das Umsteigen zum Beispiel auf das Fahrrad, bzw. dieses zumindest häufiger zu nutzen, ist in vielerlei Hinsicht die effizienteste und umweltschonendste Fortbewegungsmöglichkeit ist, und darüber hinaus gut für die Gesundheit.

## Wirtschaft

Die Gemeinde Lilienthal will als Wirtschaftsstandort noch attraktiver werden. Im Vordergrund steht auch hierbei die Prämisse der ökologischen Nachhaltigkeit. Aus diesem Grund sollen gezielt ökologische Investitionen gelockt werden. Konkret streben wir die Schaffung eines ökologischen Gewerbegebietes als Leuchtturmprojekt für die Region an. Ein solches „grünes“ Gewerbegebiet sollte hauptsächlich aus Gebäuden aus nachwachsenden Rohstoffen bestehen, welche begrünt und energetisch autark sind. Es könnte über integrierte Gehölz- und Blühflächen verfügen und sollte vorrangig ökologisch orientierte Unternehmen ansprechen, die in einer solchen Umgebung gerne produzieren möchten.

Des Weiteren sollen folgende konkrete Maßnahmen angestrebt werden:

- Allgemein sollen bei der Vergabe von Gewerbeflächen vornehmlich Gewerbe berücksichtigt werden, die eine hohe Arbeitsplatzanzahl pro Fläche aufweisen und nachhaltige Produktions- und Konsumkonzepte verfolgen.

- Bei zukünftigen Gewerbeflächenverkäufen muss gewährleistet sein, dass innerhalb eines bestimmten Zeitraums (3 Jahre) die Flächen entsprechend genutzt werden. Nicht mehr genutzte Flächen aufgrund von Betriebsaufgabe oder -verlagerung müssen spätestens nach drei Jahren an eine\*n neue\*n Nutzer\*in verkauft oder an die Kommune zurückgegeben werden, damit die Fläche neu genutzt werden kann. Dies reduziert den Flächenverbrauch. Bodenversiegelung muss auf ein Minimum beschränkt werden, nicht mehr benötigte Altflächen müssen entsiegelt werden.

Durch die Covid-19-Pandemie ist die Nachfrage nach ortsunabhängigen Arbeitsplätzen und Arbeitsplatz-Sharing stark gestiegen und eine zunehmend digitalisierte Arbeitswelt wird diese Arbeitsform weiter nachfragen. Grundvoraussetzung hierfür und Teil der allgemeinen Daseinsvorsorge ist eine moderne Kommunikationstechnik, die eine schnelle Internet-Anbindung zur Verfügung stellt. Die Gemeinde Lilienthal soll neben dem Breitband-Ausbau in den Außenbereichen und im Bildungssektor vorrangig den Glasfaser-Ausbau in Gewerbegebieten vorantreiben.

## Bildung und Betreuung

Das Ganztagsangebot an den Lilienthaler Grundschulen muss attraktive Angebote für die individuelle Förderung von Kindern in den Mittelpunkt stellen. Um den Ansprüchen von Eltern, die einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, gerecht zu werden, müssen in Lilienthal Ganztag und Hort harmonisiert und die Kapazitäten stark ausgebaut werden. Dies ist vor allem für Alleinerziehende existenziell notwendig. Durch die Beschlüsse der Bundesregierung, für die Ganztagsbetreuung in den Grundschulen ab 2025 einen Rechtsanspruch zu schaffen, ist mit einer zunehmenden Nachfrage in den Folgejahren zu rechnen.

Die Grundlagen für einen guten Bildungsweg werden in der frühen Kindheit gelegt. Lilienthal als lebendiger Ort muss im Bildungsbereich eine große Vielfalt an Bildungsmöglichkeiten bereithalten, insbesondere in der frühkindlichen Pädagogik. Es muss Familien eine Wahlmöglichkeit gegeben werden, die es erlaubt, aus verschiedenen pädagogischen Konzepten das für sie passende Konzept frei wählen zu können. Zudem sollten weitere Konzepte die Vielfalt erweitern (z.B. Montessori-Pädagogik, Wald-KiTa oder durch freie Trägerschaft) und gleichzeitig die Kapazitäten an Betreuungsplätzen erhöhen. Der Ganztag soll von einem schulischen in einen

offenen Bildungsraum gewandelt werden. Es sollen Angebote in Kooperation mit lokalen Initiativen und Vereinen ausgebaut und zusätzliche Bildungsmöglichkeiten, vor allem für lernschwache Schüler\*innen, angeboten werden.

Vertrauen und Verlässlichkeit sowie ein konstantes, stabiles Umfeld sind für Kleinkinder und Kinder essentielle Voraussetzungen, um sichere Bindungen zu Bezugspersonen aufbauen zu können. Um diese Grundvoraussetzung für eine gute, frühkindliche Bildung schaffen zu können, benötigt es ein attraktives Arbeitsangebot für pädagogisches Personal, um dieses langfristig binden zu können. Zudem muss ein organisiertes Notbetreuungskonzept erstellt und ein aus-reichender Pool an flexiblen Mitarbeiter\*innen zur Verfügung stehen.

Der Personalschlüssel soll für die Gemeinde Lilienthal aus qualitativen Gründen angepasst werden: Für Krippen soll der Betreuungsschlüssel minimal 1:5, besser 1:4 betragen, bei einer maximalen Gruppengröße von zwölf Kindern. Für Kindergärten soll ein minimaler Betreuungsschlüssel von 1:10 gelten, bei einer maximalen Gruppengröße von 20 Kindern. Dies erhöht die qualitative Arbeit der pädagogischen Mitarbeiter\*innen und bietet den Kindern ein ruhigeres, entspanntes Umfeld. Zeitgleich gewinnt dadurch Lilienthal als Arbeitsstandort an Attraktivität.

Jedes Kind hat einen rechtlichen Anspruch auf frühkindliche Bildung und Förderung in einer Kindertagesstätte. Aus diesem Grund ist dauerhaft eine entsprechende Anzahl an Betreuungsplätzen vorzuhalten.

Der Arbeitsmarkt für pädagogisches Fachpersonal ist seit einigen Jahren sehr angespannt. Lilienthal als kommunaler Arbeitgeber soll den Rahmen für einen attraktiven Arbeitsplatz ausbauen, um zusätzliches Personal gewinnen und langfristig binden zu können. Neben einer angemessenen tariflichen Bezahlung muss in die Ausbildung von Personal investiert werden. Dies kann durch finanzielle Unterstützung der Ausbildung durch die Gemeinde sowie eine Nutzung der Fördermittel aus dem Bundesprogramm "Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher" erfolgen. Zudem können z.B. die Bereitstellung von vergünstigtem Wohnraum über die KWE oder ein Mietkostenzuschuss sowie eine Kostenübernahme zur Nutzung des ÖPNV oder die Bereitstellung von E-Bikes Anreize für Fachkräfte sein. Tarifliche Sonderleistungen können über den geltenden Standard hinaus gewährleistet sein.

Der Übergang zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen sind entscheidende Wendepunkte in der kindlichen Entwicklung. Um Kindern den Übergang zu erleichtern, muss die Zusammenarbeit zwischen den Lilienthaler KiTas und Grundschulen unter Einbeziehung von KiTa, Schule und Eltern intensiviert werden. Mit Bezug auf

die guten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren sollen den Schulen hierfür zusätzliche personelle Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden.

Zur Erhöhung des Frauenanteils in den sogenannten MINT-Berufen ist eine entsprechende Sensibilisierung bereits im Grundschulalter notwendig. Durch Kooperationen und Programme wie z.B. der „Transferstelle Uni-Schule“ an der Universität Bremen. Zudem können separate Angebote im Informatik-Bereich gezielt Mädchen und junge Frauen ansprechen; hier ist eine Zusammenarbeit mit der Jungen VHS oder dem Alten Amtsgericht und der Kinderakademie denkbar.

## Digitalisierung

Große Herausforderungen wie die Klimakrise sind nur gemeinsam zu bekämpfen. Schon deshalb ist Bürger\*innen im größtmöglichen Umfang der Einblick in die und der Austausch mit der kommunalen Politik zu ermöglichen. Hierzu sind Livestreams von Rats- und Ausschusssitzungen selbstverständlich. Zur Bürger\*innennähe und Transparenz gehört spontane Handlungsfähigkeit, weshalb die Optimierung von Verwaltungsverfahren und politischen Prozessen hohe Priorität haben soll, Reaktionszeiten öffentlicher Stellen müssen verkürzt und Anliegen von Bürger\*innen schneller bearbeitet werden können. Beschleunigung und Optimierung von Abläufen helfen zudem auch, Zeit und Ressourcen zu sparen und gegebenen Falles zusätzliche Services bei gleichem oder geringerem Aufwand zu gewährleisten. Bei der Digitalisierung geht es ausdrücklich um Effizienzsteigerung, nicht darum, Abläufe ohne Grund zu elektrifizieren und damit zusätzliche Ressourcen zu verbrauchen. Zum Schutz der digitalen Daten der Bürger\*innen sind alle Daten nach geltendem EU-Datenschutz zu speichern. Eine Nutzung von Cloud-Diensten durch Anbieter aus Nicht-EU-Staaten ist zu verhindern. Stattdessen sollen Cloud-Dienste von deutschen Unternehmen genutzt werden, um Daten langfristig zu speichern.

Die Corona-Krise hat uns vor Augen geführt, dass Lilienthal im Bereich Digitalisierung, insbesondere im Bildungsbereich, großen Nachholbedarf hat: Digitaler Unterricht für unsere Schüler\*innen ist nicht nur deshalb ein Problem, weil zu Hause kein schnelles Internet verfügbar ist, sondern auch weil die Schulen dafür technisch nicht ausgestattet waren und sind. Die technische Ausstattung von Kitas, Schulen und Altenheimen muss auf dem gleichen Niveau sein wie im digitalen Alltag außerhalb der Bildungsstätten. Das zu gewährleisten, ist dringliche Aufgabe der öffentlichen Hand. Die Mittel des Digitalpaktes müssen deshalb zeitnah abgerufen und

zielgerichtet eingesetzt werden.

Die Zusammenarbeit von Schule, Verwaltung und Eltern ist zu koordinieren und ein gemeinsames Konzept zu entwickeln. Die Digitalisierung an den Schulen verlangt eine umfassende Neuausrichtung des Lernumfeldes sowie der Pädagogik und Didaktik. Diese zur Digitalisierung notwendigen Schritte sind zwar keine kommunalen Aufgaben, werden aber durch uns bei den zuständigen Stellen eingefordert und sollen durch uns als Kommune als Bindeglied begleitet werden.

Aber auch unabhängig vom Digitalpakt können auf einfache Weise Verwaltungsabläufe im Bildungsbereich digitalisiert werden, wie zum Beispiel Apps zur Organisation von Schule/KiTa-Eltern-Kommunikation oder zum Homeschooling-Betrieb.

Ein Medienkonzept für alle Lilienthaler Schulen ist schnellstmöglich umzusetzen. Unabhängig davon muss das Lehrpersonal für digitale Bildungsmöglichkeiten wie bspw. Lehr- und Lernplattformen geschult und in den Prozess integriert werden, um eine hohe Akzeptanz zu erreichen. Die Kommunikation zwischen Elternhaus und Bildungseinrichtung kann nahezu vollständig digitalisiert werden, sodass dem Verwaltungspersonal in Schulen und Kitas mehr Zeit für andere Aufgaben zur Verfügung steht. Hierbei geht es ausdrücklich um die Vereinfachung von Kommunikationswegen, nicht um das Ersetzen funktionierender Lehr- und Lernkonzepte durch „neue“ Medien.

Neben den gesetzlich geregelten Prozessen des e-Government (wie z.B. Personalausweise/Reisepässe, Personenstandswesen, XTA, ...) müssen weitere Prozesse in der Verwaltung digitalisiert werden, um eine bessere Bürgerkommunikation zu erreichen (z.B. digitale Terminvergabe, OpenGIS-Systeme, ...).

Der Gemeinde Lilienthal soll zur Umsetzung der vor allem technischen Anforderungen im Digitalisierungsprozess eine dauerhafte Stelle als IT-Koordinator\*in im Haushalt zur Verfügung gestellt werden.

Die Nutzung von digitalen Medien birgt neben den vielen Vorteilen der weltweiten Vernetzung auch Gefahren durch demokratiegefährdende Einflüsse oder strafrechtlich relevante Inhalte. Um diese Gefahren zu erkennen und korrekt zu werten, ist eine umfassende Auseinandersetzung mit der Thematik und Schulung der Medienkompetenz wichtig. Die Volkshochschule Lilienthal-Grasberg-Worpswede könnte ein eigenes Programm zum Thema entwickeln und gezielt Kurse anbieten. Für die Sensibilisierung von Kindern und Heranwachsenden stehen umfassende Programme und Mittel zur Verfügung (Landesmedienanstalt, ...), die direkt in den Schulen eingesetzt werden können.

Ebenso ist der mit der Digitalisierung einhergehende Ressourcenverbrauch zu beachten und entsprechend in der kommunalen Ökobilanz zu berücksichtigen und zu kompensieren.

## Landwirtschaft und Konsum

Wir Grüne unterstützen bäuerliche Betriebe, solidarische Landwirtschaft und die Umnutzung intensiv bewirtschafteter Flächen für ökologischen Anbau und extensive Bewirtschaftung. Damit einher geht die regionale und direkte Vermarktung wie zum Beispiel auf den Wochenmärkten. Kommunalpolitisch setzen wir uns dafür ein, dass der Landwirtschaft nicht immer mehr Fläche durch die Ausweisung neuer Wohngebiete entzogen wird.

Konkret verfolgen wir dabei die folgenden Ziele:

- Bei Neuverpachtungen von im Besitz der Gemeinde befindlichen Flächen zur landwirtschaftlichen Nutzung werden Pächter\*innen verpflichtet, diese Flächen ökologisch zu bewirtschaften.
- Nachhaltige Ressourcennutzung, nachhaltige Produktion und nachhaltiger Konsum sind zentrale Vorgabe für Schulen und Kitas. Ausgewogene, ökologische, regionale und saisonale Ernährung sollte der Standard in Mensen und bei Cateringunternehmen von Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft sein. Diese soll bei öffentlichen Veranstaltungen beworben und es sollen bewusst Alternativen zu „konventionellen“ Gerichten angeboten werden.
- Die Gemeinde stellt Handlungsleitfäden zur Nachhaltigkeit bereit. Schulen und Bildungseinrichtungen, die Angebote ausweiten wollen zu bspw. Nachhaltigkeit und Themen wie ökologischer Fußabdruck, Klimawandel, Plastik, Mobilität, Ernährung, nachhaltiger Landwirtschaft und Konsum, soll ein Budget zur Umsetzung dieser Konzepte zur Verfügung gestellt werden. Ebenso unterstützt die Gemeinde Projekte, die regional und saisonal produzieren und vermarkten.

## Umwelt- und Moorschutz

Die Schaffung der gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichsflächen auf gemeindlichem Gebiet ist von hoher Bedeutung und genießt im Flächenmanagement der Gemeinde Priorität. Die Ausgleichsflächen sind unter Achtung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Interessen zu schaffen, was eine entsprechende Planung unter Einbeziehung von Landnutzern erfolgt, um möglichen Konflikten zu begegnen. Zur Unterstützung muss externe Beratung (zum Beispiel die niedersächsischen Landesforsten oder die Landwirtschaftskammer) hinzugezogen werden. Die vorhandenen Ausgleichsflächen sind fachmännisch zu pflegen und sollen fortlaufend der Naherholung zugeführt werden. In einer jährlich aktualisierten Übersicht wird der gemeindliche Flächenpool veröffentlicht.

Die Verwaltung der Gemeinde Lilienthal stellt der Öffentlichkeit alle drei Jahre einen Umweltbericht zur Verfügung. Der Umweltbericht gibt Auskunft über Boden- und Gewässerschutz, Natur- und Landschaftsschutz/-pflege sowie Lärmemissionen. Ferner ist der kommunale Klimaschutz ein wichtiger Bestandteil dieses Berichts.

Die gemeindlichen Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete sind Flächen, die Lebensraum für schutzbedürftige Tier- und Pflanzenarten sind und einen besonderen Lebensraum darstellen. Ebenso dienen sie der Naherholung und prägen das Ortsbild. Die Gemeinde Lilienthal setzt sich auf Kreisebene dafür ein, dass entsprechende Ressourcen zum Schutz und zur Pflege dieser Flächen bereitstehen und begleitet den Prozess zur Ausweisung weiterer Flächen als NSG / LSG positiv.

Der weltweite Artenschwund erfordert umfassende kommunale Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität. In Niedersachsen sind knapp 50% der heimischen Tier- und Pflanzenarten auf dem Rückzug, besonders das Insektensterben ist bedrohlich. Mit der dem angepassten „Niedersächsischer Weg“ konnte ein wichtiger Rahmen geschaffen werden, der durch lokale Maßnahmen vor Ort ergänzt und erweitert werden kann:

- Schaffung und Erweiterung von Streuobstwiesen (z.B. als Ausgleichsflächen).
- Blühwiesen und Blühstreifen auf privaten und gewerblichen Grund: Die Gemeinde stellt entsprechende Samenmischungen für Privatpersonen bereit und unterstützt, diese fachgerecht auszubringen. Gewerbliche Unternehmen werden dazu angehalten, Betriebsflächen naturnah zu gestalten und können in Kooperation mit der Gemeinde und ortsansässigen Vereinen Beratungen sowie Unter-

stützung bei der Umgestaltung des Geländes erhalten.

- Bei der Schaffung von Grünanlagen genießen Blühwiesen den Vorzug. Verkehrsinseln o.ä. Kleinflächen werden mit mehrjährigen, einheimischen Blühstauden bepflanzt. Eine zentrale gemeindliche Fläche wird als Beispielfläche für Biodiversität hergerichtet und soll Bürger\*innen dafür gewinnen, dies auf Privatgrundstücken anzulegen.
- Bewusst belassenen Brachen und Magerwiesen werden entsprechend gekennzeichnet, etwa durch Infotafeln, die über ihren ökologischen Wert aufklären.
- Straßenbegleitgrün wird stufig gemäht, so dass auch wildwüchsige Teile erhalten bleiben.
- Der vorhandene Entwurf für eine Baumschutzsatzung aus 2020 wird erneut in den Gemeinderat eingebracht.

Bildung ist ein wichtiger Eckpfeiler für einen umfassenden Natur- und Umweltschutz und bildet den Grundstein für einen schonenden, rücksichtsvollen Umgang mit der Natur. Als eine gesellschaftliche Gesamtaufgabe sollen in Kooperation mit Vereinen, Verbänden und Institutionen Projekte geschaffen werden, die Schulen und KiTas naturnahe Bildung ermöglichen:

- „Grünes Klassenzimmer“: Die Gemeinde stellt eine Fläche bereit, die Schulunterricht außerhalb des Schulgebäudes ermöglicht und Natur anfass- und erlebbar macht.
- Ein Naturlehrpfad informiert über heimische Tier- und Pflanzenarten sowie den lebensbedeutsamen Boden in der Kommune und regt durch interaktive Stationen zum Lernen an.
- Die Grundschulen der Gemeinde erhalten ein eigenes Budget zur Vermittlung von Bildungsinhalten aus den Bereichen Natur-, Umwelt- und Klimaschutz.
- Durch Kooperation von ehrenamtlich aktiven Bürger\*innen wird ein „Aktionstag Umweltschutz“ in den Kitas und Schulen etabliert – idealerweise im Rahmen der europäischen Nachhaltigkeitswoche.

## Integration, Teilhabe und Soziales

Lilienthal ist eine weltoffene, vielfältige und bunte Gemeinde und bietet Menschen verschiedener Herkunft und aus verschiedenen Kulturkreisen einen Lebens-, Wohn- und Arbeitsort. Durch die hervorragende ehrenamtliche Arbeit sowie der personellen Ausstattung im Bereich der Gemeindeverwaltung ist Lilienthal gut aufgestellt, um Menschen zu integrieren. Diese Arbeit fortzusetzen ist wichtiges Ziel der gemeindlichen Entwicklung, weshalb notwendige Finanzmittel weiterhin bereitgestellt und bei Bedarf angepasst werden müssen.

Menschen mit Migrationshintergrund sollen auch weiterhin zeitnah Sprachangebote nutzen können, um eine schnelle Integration zu ermöglichen. Für Kinder und Jugendliche ist der Zugang zu Bildungsangeboten essentiell. Deshalb ist ein Ausbau von bilingualen Angeboten notwendig. Ebenso müssen ausreichende räumliche und personelle Kapazitäten in den Kitas zur Verfügung stehen, damit alle Kinder die Chance auf frühkindliche Bildung haben.

Eine gute Integrationspolitik von Flüchtlingen setzt voraus, dass diese eine dauerhafte Bleibeperspektive haben. Die Gemeinde Lilienthal muss sich weiterhin dafür einsetzen, dass geduldete Geflüchtete, die sich in Ausbildung oder beruflicher Tätigkeit befinden und erforderliche Sprachkenntnisse erworben haben, dauerhafte Mitbürger\*innen der Gemeinde werden.

Der soziale Wohnungsbau ist in Lilienthal nahezu zum Erliegen gekommen. Der Wohnungsmarkt im unteren Preissegment ist seit Jahren angespannt und der rasante Anstieg von Mieten und Immobilienpreisen verschärft die Lage zusätzlich. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum muss oberstes Ziel der gemeindlichen Wohnraumentwicklung sein:

- Für Neubauprojekte mit mehr als vier Wohneinheiten ist eine Quote von 25% für den sozialen Wohnungsbau verpflichtend.
- Auf Grundstücken in gemeindlichem Eigentum darf Wohnbauentwicklung nur stattfinden, wenn diese ausschließlich für öffentlich geförderte Wohnungen verwendet werden.
- Die 25%-ige Beteiligung der Volksbank an der KWE ist zu überprüfen.
- Die KWE soll ihre Anstrengungen zur Vermittlung von gefördertem Wohnraum deutlich verstärken.



- Die Gemeinde prüft eine Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk Bremen zur Schaffung von Studierenden- und Auszubildendenwohnheimen.

Die UN-Behindertenkonvention wurde 2009 durch die Bundesregierung ratifiziert und formuliert umfangreiche Teilhabe und soziale Rechte für Menschen mit Einschränkungen. Durch die deutschlandweit einmalige Arbeit der Diakonischen Behindertenhilfe lebt Lilienthal Teilhabe vor Ort und ist fester Bestandteil im gemeindlichen Alltag, den es weiter zu intensivieren und auszubauen gilt. Ein inklusiver Spielplatz soll allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, an Spiel-, Erholungs- und Freizeitaktivitäten teilnehmen zu können. Alle Schulen und KiTas sind weiter barrierefrei auszubauen, um Hürden in der Mobilität abzubauen. Ebenso ist es wichtig, das EU-Projekt Inklusion und Vielfalt in KiTA und Schule (InGe-Projekt) in seinem Fortbestand zu sichern und erfolgreich fortzuführen.

Ein selbstbestimmtes Leben in einem barrierearmen/-freien Wohnumfeld ist Wunsch vieler älterer Mitbürger\*innen oder Menschen mit Einschränkungen. Der hohen Nachfrage nach entsprechendem Wohnraum muss durch Schaffung neuer Wohnformen Rechnung getragen werden: Begegnungsstätten, Mehrgenerationenquartiere und Betreutes Wohnen sowie seniorengerechte Einrichtungen sind Möglichkeiten hierfür. Zur Umsetzung sind bereichsübergreifende Kooperationen zwischen Gemeinde, Trägern und Verbänden notwendig sowie das Engagement der Bürger\*innen.

## Mobilität und Verkehr

Die Gemeinde Lilienthal strebt den konsequenten Vollzug der Verkehrswende an. Nicht der aktuelle, sondern der zukünftig zu erwartende Mobilitätsmix muss Grundlage der verkehrlichen Erschließung und des Ausbaus der Infrastruktur sein. Fuß- und Radverkehr, öffentliche Verkehrsmittel und emissionsfreier Individualverkehr haben Vorrang vor konventionellem Autoverkehr. Zur barrierefreien Mobilität im öffentlichen Raum gehört für den Fuß- und Radverkehr eine attraktive Oberflächengestaltung, um Orientierung und Hilfsmittelgebrauch sicher zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund verfolgen wir die folgenden Ziele:

- Rad- und Fußwege in Lilienthal sollen ausnahmslos mindestens ebenso sicher sein wie Autostraßen. Dies umfasst ausreichende, aber energiesparende, Beleuchtung, sicherere Straßenüberwegungen, abgesenkte Bordsteinkanten, genug Platz für Ausweich- und Überholmanöver, angemessene, separat vom

motorisierten Verkehr geschaltete Ampelphasen und nachvollziehbare Beschilderung.

- Die Gemeinde Lilienthal unterstützt Projekte zur Weiterentwicklung der Wasserstoffinfrastruktur.
- Für die Gemeinde sollen nur noch Fahrzeuge mit emissionsfreien Antrieben beschafft werden, soweit diese verfügbar sind.
- Die Ampelschaltung für den Autoverkehr sollte im gesamten Gemeindegebiet überprüft werden. Insbesondere in den Abend- und Nachtstunden sowie am Wochenende und an Feiertagen könnte eine differenziertere Einstellung der jeweiligen Phasen sinnvoll sein. Ziel ist es, das besonders klimaschädliche ständige Anfahren und Anhalten zu minimieren. Dies soll nicht auf Kosten der Fußgänger\*innen und Fahrradfahrer\*innen umgesetzt werden, sondern nur im Autoverkehr wirken.
- Weil nicht jeder größere Transport eines PKWs bedarf, wollen wir den Kauf von Lastenrädern für Hausgemeinschaften oder Nachbarschaften finanziell fördern und ein Leihsystem für Lastenräder etablieren.
- Der ÖPNV kann nicht jedes Ziel zu jeder Zeit perfekt anbinden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, das ÖPNV-Angebot um Miet-Zweiräder zu ergänzen.

## Flächenverbrauch

Für die Siedlungsentwicklung ist der Ausstoß von CO<sub>2</sub>-Äquivalent-Einheiten durch Verkehr und Energieerzeugung ausschlaggebend. Der Energiebedarf kann durch Planung im Bauwesen beeinflusst werden. Hier sind als Grundlage städtebauliche Instrumente nutzbar zu machen, durch die veränderte Anforderungen an die Ausweisung neuer Baugebiete und an den Umgang mit Bestandsgebieten gestellt werden. Im Interesse der Landwirtschaft und der Artenvielfalt soll der Flächenverbrauch durch Bauvorhaben in der Gemeinde minimiert werden. Private Bauvorhaben und wirtschaftliche Expansion sollen weitgehend in Form der Umnutzung, zum Beispiel durch Aufstockung, bestehender Gebäude verwirklicht werden. Unbebaute Flächen sollen wo immer möglich erhalten bleiben. Vor allem Parkplätze sollen bei Bedarf nicht durch höheren Flächenverbrauch geschaffen werden, sondern durch optimale

Ausnutzung bereits versiegelter Flächen oder ebenfalls durch Aufstocken bestehender Gebäude. Großflächige Bodenversiegelung soll generell vermieden bzw. durch wasserdurchlässige Teilversiegelung ersetzt werden. Die Bebauung bisher unversiegelter Flächen zur Schaffung von Wohnraum wird prinzipiell abgelehnt, mit Ausnahme von Vorhaben der Lückenbebauung. Der Zuwachs der Lilienthaler Bevölkerung als Selbstzweck wird abgelehnt.

Konkret werden dabei diese Ziele verfolgt:

- Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel können im gemeindlichen Flächennutzungsplan in unterschiedlicher Form dargestellt werden. Für Lilienthal ist daher ein Flächennutzungsplan neu aufzustellen, durch den zusätzliche Darstellungen genutzt werden, um die Reduzierung des Energiebedarfs einzuleiten.
- Der Park-and-Ride-Platz am Falkenberger Kreisel soll auf mehrere Stockwerke verteilt werden, um weiteren Flächenverbrauch zu minimieren; ein erweiterter Parkplatz bei „Kutscher Behrens“ wird abgelehnt. Um bei der Nutzung der Park-and-Ride-Möglichkeit den motorisierten Individualverkehr nicht einseitig zu bevorzugen sind Teilbereiche der Fläche für überdachte und sichere Fahrradstellplätze zu reservieren bzw. umzuwidmen.
- Nicht bebaute Flächen, die als Park- oder Stellplätze genutzt werden, müssen möglichst wasserdurchlässig bleiben.
- Das Schottergartenverbot, sowie andere geltende Vorschriften zu bspw. Dachbegrünungen, sollen künftig konsequent umgesetzt werden. Das gilt sowohl für die private Nutzung als auch für Gewerbe. Wo dies nicht vorgeschrieben werden kann, soll aktiv auf die betroffenen Akteur\*innen eingewirkt werden.

Bebauungspläne sollen verpflichtende Angaben über die Anpflanzung von heimischen Bäumen und Sträuchern enthalten. Neben der Erhaltung von schützenswerten Bäumen sollen Neuanpflanzungen verbindlich festgeschrieben werden. Hierbei ist ggf. externe Fachexpertise durch Forstwirte, NABU, BUND o.ä. hinzuzuziehen. Ebenso sollen Standort und Wuchshöhe von Anpflanzungen festgesetzt werden und Schattenwurf im Hinblick auf die Installation von Photovoltaikflächen berücksichtigen. Über Bestandteile, die nicht über einen Bebauungsplan festgelegt werden können, soll ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen werden.

## Klimaanpassung

Auch wenn es gelingt den Vorgaben des Pariser Klimaabkommens gerecht zu werden, werden die bereits spürbaren Effekte der Klimakrise weiter zunehmen. Vorsorge und die Anpassung an diese neuen Bedingungen ist deshalb ebenso wichtig wie die Bemühungen um Emissionsreduktion.

Wo Klimaanlagen unverzichtbar sind, müssen sie dem besten verfügbaren Effizienzstandard entsprechen und bestmöglich durch Maßnahmen wie bspw. Dach- und Wandbegrünung unterstützt werden. Auch Wasserknappheit wird in Zukunft häufiger ein Problem sein. Während Instrumente wie etwa ein Bewässerungsverbot nur auf Kreisebene eine Rolle spielen, bleibt es wichtige Aufgabe der Gemeinde, Bürger\*innen über sich ankündigende Engpässe aufzuklären und für den sparsamen Umgang zu werben. Auf Dächern und versiegelten Flächen anfallendes Oberflächenwasser soll – soweit möglich – ortsnahe versickern und nicht in fließende Gewässer abgeleitet werden.

## Bürgerbeteiligung

Wir setzen uns für mehr Demokratie auf kommunaler Ebene ein. Unser Miteinander in Lilienthal möchten wir nicht nur, aber auch mithilfe von modernen Technologien offener, transparenter und partizipativer gestalten. Dafür benötigen wir keine großartigen Finanzen, sondern nur den Willen, den gemeindlichen – digitalen – Austausch zu beleben und zu intensivieren, und die Einführung einer Demokratie-Software, durch die Bürger\*innen die Geschehnisse des Miteinanders in Lilienthal selbst gestalten können. Hier können – auch bei angespannter Haushaltslage – über Teile des gemeindlichen Budgets Ausgabenvorschläge gemacht werden. Bürger\*innen können Ideen für neue Maßnahmen, die in die Zuständigkeit der Gemeinde fallen, einbringen und unterstützen. Es kann sowohl über Vorschläge von Bürger\*innen als auch von Institutionen abgestimmt werden. Die Software bietet eine Diskussionsplattform, die nicht zu einer direkten Entscheidungsfindung führt, sondern dem Rat, dem\*der Bürgermeister\*in und der Verwaltung Zugang zur öffentlichen Meinung verschafft und den Bürger\*innen die Möglichkeit gibt, sich untereinander auszutauschen und ihre Erfahrungen einzubringen.

Auch ohne den Bezug zu digitalen Medien möchten wir die Bürger\*innen viel mehr

an der politischen Willensbildung beteiligen. Hierzu zählt insbesondere auch der Informationsfluss zwischen der Gemeinde und den Bürger\*innen. Dieser muss nicht nur digital, sondern auch über die klassischen Kommunikationswege und Medien sowie auch persönlich, in beide Richtungen, kontinuierlich stattfinden. Wir möchten auch nicht nur Einzelpersonen an Entscheidungsprozessen teilhaben lassen, sondern wollen auch ganz klar die Belange, Wünsche und Anregungen von Institutionen, Vereinen und anderen zusammengeschlossenen Personen berücksichtigen. Vorhaben, die außerhalb des Tagesgeschäftes der Gemeinde fallen wie z.B. der Erwerb von Grundstücken oder die Planung von baulichen Veränderungen an Schulgebäuden, werden direkt und übersichtlich auf den geeigneten Medien wie z.B. Zeitung, Homepage usw. bekannt gegeben. Wir begrüßen außerdem z.B. die Teilnahme von sachkundigen Bürger\*innen an den Sitzungen der Fachausschüsse zu bestimmten Themenbereichen. Im Allgemeinen würden wir gerne auf ein stärkeres Interesse der Bürger\*innen an der Gemeindeentwicklung hinarbeiten, was sich z.B. auch an einer regeren Teilnahme von Ausschuss- oder Ratssitzungen bemerkbar machen würde.

Unter diesem Aspekt soll insbesondere auch für Jugendliche und junge Menschen ein Angebot der politischen Mitarbeit geschaffen werden, so dass wir die Wiedereinrichtung eines Jugendparlamentes unterstützen wollen.

## Kommunale Finanzen

Die Corona-Pandemie hat gerade auf kommunaler Ebene große finanzielle Probleme durch den Wegfall von Gewerbesteuer- und Einkommensteuereinnahmen, sowie von Gebühreneinnahmen aus Verwaltungsleistungen verursacht. In Zukunft soll auch bei einer solchen knappen Haushaltssituation das Nachhaltigkeitskriterium Vorrang genießen, insbesondere bei durch die Pandemie und ihre Folgen notwendig gewordenen Investitionen.

Lilienthal weist einen hohen Investitionsstau auf; der Bedarf an Investitionen in eine gute öffentliche Infrastruktur, in eine funktionierende öffentliche Verwaltung und in den sozialen Zusammenhalt ist riesig und durch die Coronapandemie verschärft worden. Wir lehnen es daher ab, der Krise hinterher zu sparen. Durch kommunale Sparpolitik werden wir die fehlenden Einnahmen nicht kompensieren können. Stattdessen wollen wir die notwendigen Maßnahmen baldmöglichst umsetzen. Wir fordern den Bund und das Land Niedersachsen daher auf, die dafür erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen.

Finanzpolitisch soll die Gemeinde intern sowie im Austausch mit benachbarten Gemeinden und dem Landkreis folgende Ziele anstreben:

- Die von der Kommune festzusetzenden Vergnügungssteuersätze für Geldspielautomaten bis zur Obergrenze auszuschöpfen.
- Die Kreisumlage zugunsten der Kommunen im Landkreis Osterholz mittelfristig derart zu verändern, dass sich die Verschuldungsgrade des Landkreises und die der Kommunen angleichen. Lilienthal wird sich im Verbund mit den anderen Gemeinden des Landkreises dafür einsetzen. Der Schuldenstand gemessen an der Bilanzsumme betrug in 2016 z.B. in Worpswede 68 %, in Lilienthal 49 % und im Kreishaushalt nur knapp 25 %.
- Sämtliche Möglichkeiten zur Reduktion von (Energie)Kosten zu nutzen. Dazu gehören beispielsweise, energieeinsparende Investitionen zu tätigen, wie die Installation von Photovoltaik auf öffentlichen Dächern.
- Verwaltungsverfahren und politische Entscheidungsprozesse nach Möglichkeit zu beschleunigen bzw. nicht unnötig hinauszuzögern, um unnötige Kosten zu vermeiden (z.B. vgl. Prozess zum Neubau Schroeter-Schule).
- Die interkommunale Zusammenarbeit insgesamt zu verstärken, um Kostenreduktion zu erreichen.
- Im Lilienthaler Haushalt ein Bürger\*innenbudget einzuführen, in dem freiwillige Leistungen der Gemeinde zusammengefasst sind. Die Bürger\*innen dürfen jährlich über die Verteilung des Budgets bestimmen.
- Um bessere Konditionen für die kommunale Kreditaufnahme zu bekommen, soll das Land entsprechende Rahmenverträge mit Kreditinstituten abschließen.
- Das Land Niedersachsen und der Bund müssen durch Änderung der Finanzbeziehungen die Finanzausstattung des Landkreises und der kreisangehörigen Gemeinden verbessern. Schon länger in der Diskussion ist eine Entschuldung der Gemeinden durch den Bund. Es könnten Umsatzsteueranteile, Anteile am Lohnsteueraufkommen zugunsten der Gemeinden verändert werden. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs in Niedersachsen könnten Bedarfs- und Schlüsselzuweisungen verändert werden.

